



# Schüler Union Bayern fordert Zusatzunterricht für Flüchtlingskinder!

**Die Flüchtlingskrise kommt auch in den Schulen an. Vor allem Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien sind überfordert in ihrer neuen, ihnen unbekanntem, Heimat. Wie sollen sie sich verhalten? Was ist gesellschaftlich akzeptiert, was nicht? Wie funktioniert dieses Land überhaupt? All das sind Fragen, die in einem Zusatzunterricht, dem „Gemeinschafts- und Werteunterricht (GWU)“ beantwortet werden können.**

In Bayern gibt es zum neuen Schuljahr etwa 470 Übergangsklassen an Mittel- und Grundschulen für die schulpflichtigen Kinder von Flüchtlingen, teilweise wird dort Ganztagsunterricht angeboten. Die Übergangsklassen wurden letztes Schuljahr von etwa 6.200 Schülerinnen und Schülern besucht. In solchen „Übergangsklassen“ werden vor allem Deutschgrundkenntnisse vermittelt.

Der Freistaat Bayern stellt auch etwa 420 Lehrerinnen und Lehrer ein, damit Klassen mit mehr als 25 Schülern an Grund- und Mittelschulen, die von mehr als 50 Prozent Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden, geteilt werden können.

Das sind gute und richtige Ansätze zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in der Schule, doch sie gehen nicht weit genug!

„Die Kinder und Jugendliche kommen zum Großteil aus völlig anderen Kulturkreisen und sind andere Gepflogenheiten und Umgänge mit ihren Mitmenschen gewohnt, als es in unserer christlich-geprägten, westlichen Welt gelebt wird. Sie fühlen sich noch fremder und nicht integriert, da sie diese Werte nicht vermittelt bekommen. Wir müssen dies, um das Wohl der Betroffenen willen, beenden!“, so der Landesvorsitzende der Schüler Union (SU) Bayern, Nico Singer.

Die Schüler Union Bayern fordert einen zusätzlichen Unterricht für alle Flüchtlingskinder, die neu an die Bayerischen Schulen kommen. Das Fach „Gemeinschafts- und Werteunterricht (GWU)“ kann in den Übergangsklassen mit unterrichtet werden.

In diesem Unterricht soll vor allem über das Zusammenleben in Deutschland und der Wertegemeinschaft der Gesellschaft unterrichtet werden.

Dabei können verschiedenste Themen, wie unser Schulsystem, Rechte von Kindern und Jugendlichen, Grundlagen des Staates und der Gesellschaftsordnung und Grundsätze des Zusammenlebens gelehrt werden.

Die Flüchtlingskinder sind oft die einzigen, die tagtäglich mit den Problemen kulturellen Hintergrundes konfrontiert werden, da ihre Eltern beispielsweise nicht anerkannt sind und sich nicht im Arbeitsmarkt befinden und folglich nicht so viel mit der Gesellschaft in Kontakt kommen.

„Wir können es Kindern aus Kriegsgebieten nicht auch noch zumuten, dass sie nach den schrecklichen und traumatisierten Erlebnissen in ihrer Heimat auch noch gesellschaftlich geächtet werden, nur weil sie sich in unser Zusammenleben noch nicht zurechtgefunden haben.“, so Singer. Auch, da wir nicht über einen kleinen Teil der jungen Menschen sprechen.

Die bundesweiten Zahlen ändern sich zwar nahezu täglich, doch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft rechnet aktuell mit etwa 400.000 minderjährigen Flüchtlingen, die in die Schule gehen müssen. Andere Schätzungen gehen von 270.000 bis 300.000 deutschlandweit aus.

So appelliert Singer an das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst : „Wir fordern die Einstellungen von Lehrkräften und die Bereitstellung von Ressourcen um einen GWU-Unterricht schnellstmöglich ermöglichen zu können.“

*Verf.: Julius E. Ferg  
Landesschriftführer  
im Sept. 2015*